



**6. Postulat Daniel Burkhardt (SVP) "Erfassung der Konfession durch die Einwohnerkontrolle" / Begründung und Überweisung
GR Geschäft Nr. 201/2017**

Begründung Postulat:

Daniel Burkhardt (SVP)

„Seit 2016 erfasst die Einwohnerkontrolle der Stadt Dübendorf aufgrund einer Empfehlung des Verbandes der Zürcher Einwohnerkontrollen und des Kantonalen Datenschützers nur noch die staatlich anerkannten Religionen im Einwohnerregister. Somit werden nur noch katholisch, reformiert, christkatholisch und israelitisch namentlich aufgeführt. Der Rest, rund die Hälfte der Einwohner von Dübendorf, fällt unter die Kategorie „Andere“. Im Sinne der Transparenz und der Wertschätzung, welche die Stadt Dübendorf all ihren Bewohnern und Religionsgemeinschaften entgegenbringen sollte, kann es nicht sein, dass etwas, was für viele Menschen von zentraler Bedeutung ist, ausgeklammert und damit ein grosser Teil der Bevölkerung diskriminiert wird. Entsprechend verlange ich, dass sämtliche Religionen wieder erfasst werden, so wie es die Verwaltung vor dieser unsinnigen Empfehlung auch gemacht hatte. Zusätzlich verlange ich, dass die fünf grössten Religionen, welche in Dübendorf existieren, im Geschäftsbericht veröffentlicht werden. Geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen, die Dübendorfer Bevölkerung interessiert sich für diese Thematik und will nicht, dass wir die Entwicklung einfach unter den Tisch kehren, weil wir Angst davor haben, dass jemand aufgrund seiner Religionszugehörigkeit diskriminiert werden könnte. Nur so können wir auf allfällige Entwicklungen reagieren, anstatt blind danebenzustehen. Und ich kann Ihnen sagen, dass nicht nur die SVP, sondern auch die unter „Andere“ eingetragenen Religionen sich für die Religionszugehörigkeiten interessieren. Und ich möchte Ihnen in diesem Zusammenhang gerne die Antwort der Medienstelle der Vereinigung der Islamischen Organisationen im Kanton Zürich (VIOZ) zeigen (*zeigt Bild*). Liebe Anwesende, dass die Interessen des VIOZ und unsere nicht die gleichen sind, liegt auf der Hand. Klar ist aber auch, dass die Betroffenen keine Angst vor einer Diskriminierung haben. Es geht bei dieser Frage um Transparenz bei allen Religionen und darum, ob die Konfession einen Stellenwert hat. Und es geht darum zu beurteilen, ob die Religion für die Einwohner und für uns relevant ist oder nicht. Besten Dank für die Überweisung des Postulats.“

Stellungnahme Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP)

„Ich will mich gar nicht auf eine Diskussion bzw. einen Meinungs austausch einlassen, zu dem, was der Postulant gesagt hat. Ich werde darum einfach zu dem Stellung nehmen, was Fakt ist. Nämlich, ob dies der Stadtrat kann oder nicht. Es ist tatsächlich so - wir haben dies auch nochmals abgeklärt - dass es sich nicht um eine Empfehlung handelt, sondern es ist nach der Kantonsverfassung nicht möglich, diese Erfassung vorzunehmen. Es ist eindeutig und klar bestätigt, dass man die aufgeführten fünf Religionen aufführen darf/kann/muss, jedoch alle anderen nicht. Die Kantonsverfassung lässt nicht mehr zu. Und da nützt es auch nichts, wenn andere dies freiwillig gerne hätten. Übrigens ist es darum auch systemtechnisch durch die VRSG nicht möglich. Von da her ist es eigentlich klar, dass man auf das Postulat gar nicht eintreten kann. Oder anders gesagt: Wir können es gar nicht umsetzen. Wenn es nicht abgeschrieben wird bzw. wenn das Postulat heute überwiesen wird, dann müssten wir nachher in der Postulatsbeantwortung das gleiche nochmals wiederholen, das ich jetzt sage. Wir könnten dann einfach noch die Kantonsverfassung beilegen und die entsprechenden Artikel zitieren. Am Schluss wären wir wieder am gleichen Ort, wir können und dürfen es nicht umsetzen. Darum bitte ich Sie, dieses Postulat nicht zu überweisen.“

Allgemeine Diskussion

Andrea Kennel (parteilos)



„Sie haben es gehört, der Verband der Zürcher Einwohnerkontrollen sowie der Datenschützer des Kantons Zürich empfehlen den Einwohnerkontrollen, nur die staatlich anerkannten Religionen zu erfassen. Wir haben nun gehört, dass dies sogar zwingend ist. Es macht auch Sinn, auch wenn es nur eine Empfehlung wäre, die Empfehlung des Kantons zu übernehmen. Im vorliegenden Fall gibt es keinen Grund, das nicht zu machen. Das Thema ist nicht wichtig genug, um hier zu versuchen, sich quer zu stellen. Konzentrieren wir uns doch lieber auf Menschen und deren Integration statt auf Statistiken und Zahlen. Darum lehnen Sie das Postulat bitte ab. Dann möchte ich auch noch kurz ans Votum von Orlando Wyss betreffend verursachten Kosten erinnern. Ich finde es noch spannend, dass wenn gegen Missstände, die sehr offensichtlich sind, Vorstösse gemacht werden, das Argument kommt, dass dies unnötige Kosten seien. Ich glaube, gegen eine Empfehlung des Kantons sich mit einem Postulat zu wehren versuchen, ist viel unnötiger und würde Kosten verursachen. Darum bitte ich Sie, dies heute zu stoppen und nein zu sagen.“

Patrick Walder (SVP)

„Ich möchte kurz zwei Punkte aufnehmen. Bis vor kurzem hat das Einwohneramt der Stadt Dübendorf dies erfasst und konnte es entsprechend auch publizieren. Und jetzt soll es plötzlich nicht mehr möglich sein resp. mit Aufwand verbunden sein? Wenn der Stadtpräsident sagt, dass es im VRSG nicht möglich sei, dann muss es entweder mit diesem Softwareanbieter möglich gemacht werden oder auf eine andere Art erfasst werden. Ich erinnere hier an das ganz einfache Programm Excel. Der Kostenaufwand, um so etwas zu erfassen, ist minim. Und wenn man sich daran erinnert, was Daniel Burkhardt vorhin gezeigt hat, interessiert es ja auch gerade die Organisationen, die mit solchen Personen arbeiten dürfen resp. müssen. Und das, Andrea Kennel, das ist Integration, wenn man diesen Menschen nicht das Leben erschwert. Der grosse Unterschied ist, dass ihr einfach von Fällen behauptet resp. Sachen zitiert, welche ihr aber nicht zeigt. Und wir sprechen mit diesen Organisationen und können so Fakten für alle ersichtlich zeigen. Und nun müsst ihr euch einfach noch etwas abschliessend fragen: Wenn diese Anfrage, ob man die Konfessionen wieder erfassen könnte, nicht von der SVP, sondern direkt von dieser Organisation gekommen wäre, dann glaube ich euch nicht, dass ihr dann dagegen gewesen wärt.“

Patrick Schärli (CVP)

„Die Religionszugehörigkeit ist in der Politik und in der Gesellschaft seit geraumer Zeit wieder zum Thema geworden. Wir dürfen uns in Dübendorf dieser Thematik, bei der oft aus persönlichen Ängsten mit Unwissen und Halbwahrheiten argumentiert wird, nicht verschliessen. Zudem fördern wir eine differenzierte Diskussion nicht, indem wie im Geschäftsbericht der Stadt eine Statistik abbilden, die so wenig aussagt, dass diese frei interpretierbar wird. Es gilt Transparenz zu schaffen, um eine allfällige Diskussion, falls denn eine Diskussion wirklich nötig sein sollte, sachlich führen zu können. Die CVP-Fraktion wird trotz den Argumenten und Ausführungen des Stadtpräsidenten das vorliegende Postulat unterstützen. Wichtig für uns ist, wie mit Fakten umgegangen wird. Diese dürfen auf keinen Fall für Polemik missbraucht werden, was auch von einem respektvollen politischen Umgang zeugt. Aber selbst wenn dieses Risiko besteht, ist es auch keine Lösung, etwas unter den Tisch fallen zu lassen. Eine andere mögliche Alternative wäre es, die Konfessionen ganz aus dem Geschäftsbericht wegzulassen. Es hat im Geschäftsbericht ohnehin sehr viele Statistiken. Ob diese immer von allgemeinem Interesse sind, möchte ich an dieser Stelle nicht hinterfragen.“

Reto Steiner (SVP)

„Wenn der Stadtpräsident schon sagt, es wäre laut Kantonsverfassung nicht möglich und wenn wir das Postulat überweisen würden, könnte er nur nein zum Postulat sagen und uns dann die entsprechenden Fakten auf den Tisch legen, dass dies nicht zulässig wäre: Eigentlich hätte ich dann erwartet, dass der Stadtpräsident uns diese Fakten bereits heute auf den Tisch legt, dann wäre die Diskussion beendet gewesen. Das hat er nicht gemacht. Somit sollten wir heute alle das Postulat überweisen, weil dann würden wir bei der Beantwortung des Stadtrates sehen, ob es möglich ist oder nicht.“



Andrea Kennel (parteilos)

„Ich möchte Patrick Walder kurz eine Antwort geben. Patrick, du kennst mich. Und du weisst, dass wenn ich eine Vorlage der SVP gut finden würde, ich diese dann auch unterstützen würde. Es ist egal, von welcher Seite dies kommt. Wenn wir gegen eine Empfehlung des Datenschützers vorgehen wollen, braucht es für mich wirklich wichtige Gründe. Und diese Zahlen und Statistiken sind einfach nicht wichtig genug, um hier gegen eine kantonale Empfehlung ein Postulat einzureichen. Den Vorschlag der CVP, gleich alle Statistiken bezüglich Religionen wegzulassen, finde ich viel besser und sinnvoll.“

Orlando Wyss (SVP)

„Ich möchte einfach daran erinnern, dass wir dieses Thema bereits vor über zehn Jahren diskutiert haben. Vor über zehn Jahren hatten wir einen Geschäftsbericht mit den genau gleich lückenhaften Aufzählungen. Und ich hatte mehr als einmal moniert, dass man im Geschäftsbericht alle Religionsgemeinschaften abbilden sollte. Es dauerte ungefähr zwei bis drei Jahre, bis dies wirklich umgesetzt wurde. Personen aus dem Stadtrat und/oder der Verwaltung haben sich dagegen gewehrt. Wahrscheinlich hatte dies andere Gründe, als dass es viel Arbeit geben würde. Denn viel Arbeit gibt dies nicht. Und wahrscheinlich hat darum der Stadtrat dies bei der erstbesten Gelegenheit auch wieder herausgekippt. Ich bin nicht davon überzeugt, dass man diese Informationspflicht, die ein Geschäftsbericht eigentlich hat, nicht lückenlos umsetzen dürfte. Damit bildet man die Hälfte der Einwohner in einem „schwarzen Loch“ ab und dies kann nicht Sinn und Zweck eines Geschäftsberichts sein.“

Abstimmung

Das Postulat „Erfassung der Konfession durch die Einwohnerkontrolle“ wird mit 22 zu 13 Stimmen abgelehnt und sofort abgeschrieben.

Die Richtigkeit bescheinigt

Beatrix Pelican
Gemeinderatssekretärin